

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile kostet in Danzig 1,00 Mk., nachwärts 1,60 Pfg., Arbeitsmarkt u. d. d. d. nach bes. Tarif, die 3-spaltige Zeile 0,80 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. — Ausnahme: Einzelnummer 25 Pfg. — Pollichthaus Danzig 20. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 265

Donnerstag, den 11. November 1920

11. Jahrgang

Berliner Spartakusheke zum Generalstreik.

Gewalttame Unterbindung der Betriebe.

Der Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik hat leider wieder Formen angenommen, die im Interesse der Streikenden und des Wirtschaftslebens bedauerlich sind. Die Elektrizitätsarbeiter verharren vorläufig weiter im Streik und lehnen das Ergebnis der gestrigen Abstimmung als für sie nicht verbindlich ab. Sie haben beschlossen, heute erneut über die durch die Streikgegnerchaft der Mehrzahl der städtischen Arbeiter geschaffene Lage zu beraten. Der Straßenbahnverkehr konnte noch nicht wieder aufgenommen werden, dagegen verkehren Hoch- und Untergrundbahn wieder. Aufrufe der kommunistischen Arbeiterpartei und der Arbeiterunion fordern die Arbeiterschaft zur Unterstützung des Streiks auf, der aus einem gewerkschaftlichen zu einem großen politischen Kampf geworden sei und zum Generalstreik. Ebenso wie die Mehrheitssozialisten sind auch der rechte und der linke Flügel der Unabhängigen gegen einen Generalstreik.

Inzwischen ist es durch die kommunistische Heke auch zu Ausschreitungen gekommen. So drang gestern mittag eine größere Anzahl fremder Arbeiter in die Gasanstalt 4, Danziger Straße, ein und verlangte, daß die Gasanstaltsarbeiter noch einmal über den Streik abstimmen sollten. Dem Drängen dieser Leute folgend, wurde auf Verlangen des Betriebsrats die Abstimmung sofort vorgenommen mit dem Ergebnis, daß der Streik erneut abgelehnt wurde. Nach einiger Zeit drangen etwa 1000 Arbeitslose in die Gasanstalt ein, setzten gewaltsam den Betriebsrat ab und verlangten die Einsetzung eines politischen Arbeiterbeirats, der von den Arbeitslosen sofort gewählt wurde. Daraufhin wurde der Streik in der Gasanstalt 4 proklamiert.

Nach zur gleichen Zeit mit der Stilllegung der Gasanstalt 4 drangen etwa 150 Personen in das Charlottenburger Elektrizitätswerk ein und verhinderten die Arbeiter an der Weiterarbeit. Als die Sicherheitspolizei erschien, flüchteten die Demonstranten. Vor dem Gebäude des Metallarbeiterverbandes in der Linienstraße sammelten sich ebenfalls um die Mittagsstunde etwa 1000 Personen und überlieferten in die Räume des Verbandes einzudringen. Es gelang nach rechtzeitig, die Tore zu schließen, so daß die Demonstranten wieder abziehen mußten. In das Rosenthaler Werk der Bergmann-Elektrizitätswerke drangen etwa 400 bis 500 Arbeitslose ein, zwangen die Arbeiter zum Feiern und veranlaßten sie zum Verlassen der Werke. Auch die Werkzeugmaschinen- und Werkzeugfabrik der Aktiengesellschaft Ludwig Loewe u. Co. in der Hüttenstraße erhielt gestern mittag den Besuch von etwa 200 Demonstranten, die das Kraftwerk stilllegten und so den Betrieb unterbanden. Als die in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter, über die Ursache des Stehens der Maschinen beunruhigt, auf die Höhe kamen, wo sie von den Demonstranten aufgefordert, in den Generalstreik zu treten. Als Sicherheitspolizei erschien, gelang es die Ruhestörer zu entfernen, so daß das Werk wieder vollständig im Betrieb gesetzt werden konnte.

Der Magistrat hat die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke aufgefordert, den Dienst spätestens am Donnerstag nachmittag 2 Uhr aufzunehmen, widrigenfalls sie sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten haben. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die zur Durchführung des Streiks Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen sabotieren oder an der Sabotierung mitgewirkt haben, werden entlassen.

Berlin, 11. Nov. Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinen- und Heizer zum Streikabbruch geraten hatte, beschlossen, erneut eine Abstimmung vornehmen zu lassen, die heute vormittag beendet sein wird.

Reichsverordnung gegen wilde Streiks.

Vom Reichskabinett ist unter Zustimmung der preußischen Regierung eine sofort in kraft tretende Verordnung erlassen worden, in der bestimmt wird, daß in Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) nicht zulässig sind, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedspruchs mindestens drei Tage vergangen sind. Wer zu einer unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert, oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinenanlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsgemäße Fortführung des Betriebs unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Ge-

fängnisstrafen oder Geldstrafen bis 15000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine unzulässige Aussperrung vornimmt. Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern beauftragt, Notstandsarbeiten oder Notstandsverfugung zu sichern.

Mehreren Blättern zufolge wird sich auch der Reichstag mit dem Berliner Elektrizitätsstreik beschäftigen. Bei der Haushaltsberatung soll die Frage der obligatorischen Schlichtungsausschüsse und des Schutzes der Arbeitswilligen sowie die Frage des Schutzes gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen erörtert werden.

So werden die wilde Unterbindung der Lebensquellen der Hauptstadt und die wilden Ausschreitungen nur Folgen nach sich ziehen, die den ordnungsgemäßen wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften nicht förderlich sein werden.

Englische Sorge um den Zusammenbruch.

Amsterdam, 10. Nov. (W. T. N.) In einer in London gehaltenen Rede über den Völkerbund erklärte Lord Robert Cecil: Die Völkerbundversammlung in Genf werde sich selbstverständlich mit der Finanzlage befassen, die eine der Hauptfragen sei, wenn man die wirkliche finanzielle Lage vieler Länder in Erwägung ziehe und sich vorstelle, was geschehen würde, wenn das ganze System, worauf die augenblickliche Gesellschaft aufgebaut sei, endgültig zusammenbricht, an Hunger, Krankheiten und Not denke, die die unvermeidlichen Folgen davon sein würden, so müsse jedemmann zugehen, daß die Finanzlage augenblicklich die dringende Frage sei, womit eine internationale Versammlung sich überhaupt befassen könne.

Cecil sagte noch, die irische Frage sei ausdrücklich von den Verhandlungen in Genf ausgeschlossen worden, da sie eine innere Angelegenheit des britischen Reiches sei. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bezeichnete Cecil als wünschenswert.

Amerika und der Völkerbund.

Haag, 10. Nov. (W. T. N.) Wie aus New York gemeldet wird, hat Harding zur Feststellung der künftigen Politik Amerikas den Auftrag gegeben, Informationen über folgende zwei Punkte einzuziehen: 1. Inwiefern die europäischen Staaten geneigt sind, an einem neu zu errichtenden Völkerbund sich zu beteiligen. 2. Wieviele Senatoren bei einer einfachen Abänderung des gegenwärtigen Völkerbundesstatuts geneigt sein würden, für den Beitritt Amerikas zu stimmen.

Daraus ließe sich folgern, daß nunmehr Amerika die Führung der Völkerbundsbewegung übernehmen wird und gegenüber dem bisherigen Ententevölkerbund, der allerdings in keiner Weise als solcher gelten konnte, einen neuen aufzurichten.

Der Wiedergutmachungs-Kuddelmuddel.

Paris, 10. Nov. Ueber den Inhalt der Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage meldet die Agence Haas, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen anhören und entgegennehmen werden, worauf dann im Februar 1921 die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Dann erst werde der Wiedergutmachungsausschuß den Betrag der Schulden Deutschlands festlegen, worauf dann endlich die alliierten Regierungschefs Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden.

Das ganze Bestreben Frankreichs läuft darauf hinaus, die in den Spaer Verhandlungen an Deutschland zugestandenem unzureichenden Mitbestimmungsrechte in der Wiedergutmachungsfrage zu umgehen und nach außen jedoch den Anschein zu erwecken, daß die Entente die getroffenen Abmachungen einhält. Die englische Antwort läßt leider denken, daß nun auch England den französischen Ausschaltungsverfugungen nachgibt.

Um irischen Kampf.

London, 9. Nov. (W. T. N.) Amtlich. Gestern wurde in der Nähe von Tralee eine fahrende Polizeipatrouille überfallen. Zwei von den Angreifern wurden getötet, einer verwundet und zwei gefangen genommen.

Amsterdam, 10. Nov. „Telegraaf“ meldet aus London, daß eine beträchtliche Anzahl irischer Freiwilliger von einem Polizeiaufgebot in der Nähe von Dantry (Irland) gefangen genommen wurde. Gleichzeitig wurde eine größere Menge von Waffen und Schießbedarf erbeutet.

Das Weien der Demokratie.

Von Landesgerichtsrat Ernst Ruben-Berlin.

Nach der Verfassung geht alle Gewalt vom Volke aus. Die Bevölkerung soll nicht mehr, wie bisher, von einer kleinen Schicht beherrscht werden, die sich die geborenen Führer des Volkes nennt, während das Volk dank der politischen Abhängigkeit, in der es sich nach der konservativen Staatsauffassung zu befinden hat, ihnen zum Gehorham verpflichtet ist. Die konservativen Schichten lächeln über die Beherrschung des Volkes und glauben, daß die Zeit langsam, aber sicher kommen wird, wo das Volk kein sein wird, sich wieder in die Abhängigkeit von jenen Schichten zu begeben, die sich als die eigentlichen Herrscher fühlen. Die äußerste Linie ist zum Teil noch von einem Haß gegen den Staat als solchen erfüllt. Sie sieht in ihm irrtümlich eine überflüssige Zwangsjacke, ohne zu bedenken, daß jeder, auch der kommunistische Staat, einer Organisation und eines Apparates bedarf.

Die große Masse der Einfichtsvollen darf jedoch nicht nur nicht selbst sich mit bloß unklaren Gefühlen begnügen, sondern muß auch mit aller Kraft sich den verheerenden Tendenzen entgegenstellen, mit denen verantwortungslose Politiker auf die unklaren Instinkte der Masse spekulieren. Die Art, wie heute meist agitatorische Politik betrieben wird, hat es bewirkt, daß weite Kreise der ruhigen und insbesondere der intelligenten Bevölkerung aus einem falsch verstandenen Feindschaft heraus jede Berührung mit diesen Kämpfern vermeiden oder sich gedankenslos vom Ströme treiben lassen. Es steht fest, daß ein großer Teil der mittleren Schichten der Bevölkerung am 10. Januar 1919 sozialistisch, später aber wieder antisozialistisch gewöhlt hat. Dies zeigt die Bedenkenslosigkeit dieser mittleren, aus sich selbst herausgehenden Schichten. Dem hinter dieser Stellungnahme kann eben keine klare Erkenntnis der Dinge stehen, sondern eben ein gedankenloses Sichverlieren von den jeweiligen Strömungen oder, besser gesagt, von den jeweiligen Leitartikeln des Volksblattes. Das man aus Gemobtheit oder Verehrung zu halten pflegte.

Diese Zustände haben es mit sich gebracht, daß eine allgemeine Unsicherheit der öffentlichen Verhältnisse eingetreten ist, daß allgemein gedankenlos nachgehendes wird, daß Ordnung und Wiederaufbau nur einzusehen werden, wenn die durch die Revolution geschaffenen staatsrechtlichen Verhältnisse wieder zurückrevidiert werden. Dieses Gefühl wird von gewissen Parteien absichtlich für ihre eigennützigen Zwecke gefördert und mißbraucht. Damit ist die ungeheure Gefahr verbunden, daß wir einer langwierigen Epoche innerer Kämpfe entgegengehen, und dies gerade zu einer Zeit, in der die außenpolitische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes am dringendsten eine innere Geschlossenheit erfordert.

Deshalb müssen wir alle, denen die Erhaltung der Republik und der Demokratie am Herzen liegt, Aufklärung verbreiten. Es muß Allgemeinüberzeugung werden, daß eine Demokratie nicht allein durch Gesetze eingeführt werden kann, und daß, wenn bisher unsere inneren Verhältnisse wünschenswert übrig lassen, dies nicht an unserer demokratischen Verfassung liegt, sondern an dem Mangel der inneren Umgestaltung der Geister.

Es muß daher sich der besonnene Teil des Proletariats endlich auf den Kampf gegen diese Geistesverwirrung einstellen. Wir müssen aufhören, über alles mögliche hinterherum die Faust zu ballen und zu schimpfen. Das Verantwortlichkeitsgefühl muß geschärft werden. Man muß allmählich klar werden, daß, wenn es noch nicht so ist wie wir erstreben, es lediglich an uns selbst liegt. Wir müssen uns selbst helfen, und nicht, wie früher, die Hilfe unterlassen alles Heil von oben erwarten. Dies ist der tiefste Sinn der staatsrechtlichen Umwälzung, die wir erlebt haben. Jeder einzelne, ob Mann oder Frau, ist heute mitverantwortlich für die Geschichte des Ganzen. Zum Wesen der Demokratie gehört, daß sie in unser aller Herzen ruht, und nicht nur auf dem Papier steht. Schon drohen wichtige Sätze der Verfassung in Vergessenheit zu geraten und unbeachtet zu bleiben. Die demokratische Verfassung gibt den Staatsbürgern große Rechte, legt ihnen aber noch weit größere Pflichten auf. Nur, wenn dieser innere Sinn der Demokratie alle erfüllt, nur dann werden wir zur inneren und äußeren Erneuerung des deutschen Volkes gelangen. Ein Zurück in die alte Knechtschaft gibt es nicht mehr. Die Parole heißt: „Vorwärts!“

